

Wilhelm Hankel

PROSPERITÄT IN DER KRISE

Österreichs goldenes Jahrzehnt

Laudatio auf Hannes Androsch zu seinem 70. Geburtstag

Luncheon Speech

Wien, 19. April 2008, Restaurant Sirk im Hotel Bristol

Lieber Hannes, Du hast nicht ungestraft einen Ökonomen zu Deinem heutigen Festmahl eingeladen. Zwar könntest Du die gestern gehaltenen Fest- und Feiertagsreden ähnlich kommentieren wie einst ein deutscher Kollege von Dir und elder statesman. Er sagte bescheiden: Ich hab sie ja doch alle verdient! (Es handelt sich um Konrad Adenauer anlässlich eines ähnlich runden Geburtstages). Nach meinem Eindruck hat bei den gestrigen Reden etwas ganz Wesentliches gefehlt: dein Beitrag zur Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie und Politik, exemplifiziert am Beispiel Österreichs in der Zeit der Siebzigerjahre, als nach Aufhebung des damaligen Weltwährungssystems von Bretton Woods die Weltwirtschaft in den Schock der nachfolgenden Ölkrise geriet und zu kollabieren drohte.

Du hast damals so ziemlich als einziger Finanzminister eines westlichen Industrielandes der Einheitsmeinung widersprochen: Man müsse das um soviel teurer gewordene Öl durch drastische Einsparungen in Staat und Gesellschaft ersetzen, wolle man eine über die Energiekosten ausgelöste Inflation verhindern. Deine konträre (und absolut ketzerische) Gegenmeinung lautete vielmehr: Es fehle den westlichen Staatshaushalten und Volkswirtschaften nicht an Öl, sondern nach dem Abzug zweistelliger Öl-Milliarden in die Kassen der OPEC-Staaten an Geld. Man brauche es zuhause, um den Fortgang von Konjunktur, wirtschaftlichem Wachstum, Innovationen und der notwendigen Beschäftigung zu sichern. Du widersprachst der gängigen These, als Folge des Ölschocks drohe nun allen Nicht-OPEC-Staaten eine massive Inflation und behauptetest das Gegenteil. Was jetzt drohe, sei eine durch den massiven Nachfrageausfall hervorgerufene Deflation, nämlich: Krise, Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit, was es mit den Mitteln der Politik zu verhindern gelte.

Was machte Dich in dieser Analyse so sicher? Da war erstens das Beispiel der unter Karl Schiller in Deutschland erprobten und entwickelten externen Währungsstabilisierung über steigende Wechselkurse („Aufwertung“) statt steigende Zinsen. Die Aufwertung vermied den Kardinalfehler der internen Währungsstabilisierung über knappes Geld und teure Kreditzinsen. Letztere ruinierten den Mittelstand und würgten die Binnenkonjunktur ab. Man erkaufte die Währungsstabilität mit zunehmender Arbeitslosigkeit. Das durfte nicht sein. Dagegen verbesserte die Volkswirtschaft mit der Aufwertung nachhaltig ihre terms of trade, verbilligte ihre Rohstoff- und Energieeinfuhrkosten und machte allen Bürgern das Geschenk eines höheren Realeinkommens, eine „Sozialdividende“ (Karl

Schiller), die man immer dann kassiert, wenn man Auslandswaren kauft oder ins Ausland reist, wo man mit dem günstigen Wechselkurs verbilligt einkaufen konnte.

Du hast die deutsche Aufwertungs politik schon vor dem Schock des Jahres 1973 zu Deiner eigenen gemacht und die „Politik des harten Schilling“ (angekoppelt an die harte DM) kreiert. Sie hat uns damals beruflich zusammengebracht und unseren seither nie mehr abgerissenen Dialog begründet. Österreich wurde durch sie gegen die Inflationstendenzen jener Zeit immunisiert.

Doch nach dem Ölschock gingst Du über das deutsche Vorbild hinaus und fügtest der Hartwährungspolitik eine zweite wichtige Komponente zu: die wachstumsorientierte staatliche Budgetpolitik. Sie war mehr als bloßes, Konjunktur stabilisierendes „deficit spending“. Sie zielte auf offensiven Umbau der österreichischen Wirtschaft durch staatliche Rahmengesetzgebung und finanzielle Förderung. Der Staat wurde zum Mäzen der Wirtschaft durch aktive Infrastrukturpolitik und finanzielle Investitionsanreize, eine klug durchdachte Mischung aus regionaler und sektoraler Strukturpolitik, finanziert aus Steuereinnahmen und Kreditaufnahmen. Das Defizit im Staatshaushalt erhöhte den Wachstumsspielraum der Volkswirtschaft, und dieser wiederum spülte neues Steuergeld in die Staatskasse und verhinderte so das gefährliche Ausufern der Staatsverschuldung.

Das „österreichische Wirtschaftswunder“ jener Jahre bestand darin, dass während alle Welt (Industrie- wie Drittweltstaaten) mit der Krise kämpfte, Österreich selber den größten Modernisierungsschritt seiner Geschichte machte, die idyllische Alpentourismus-Republik verwandelte sich in eine moderne Industrienation. Die Statistiken der OECD verzeichnen bis heute keinen größeren Sprung nach vorn. Man übertreibt nicht, wenn man feststellt, dass der Grundstein des heute allenthalben in Österreich sichtbaren Wohlstandes damals gelegt wurde und sich bis heute als Dividende auszahlt!

Wie kommt es, dass dieser eminente Beitrag des österreichischen Finanzminister Hannes Androsch zum modernen ökonomischen „policy mix“, der Mischung aus staatlicher Währungs- und Fiskalpolitik (laut James Tobin den beiden „Hausmädchen“ staatlicher Wirtschaftsaktivität) so wenig Nachhall und Weiterentwicklung in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit gefunden hat und noch immer findet? M.E. hängt das weitgehend mit der späten (und fatalen) Welt-Karriere der ersten „österreichischen Schule“ der vorletzten Jahrhundertwende zusammen. Die große mikroökonomische Pionierleistung der „Wiener Grenznutzenschule“ erlebte im Kampf gegen einen (angeblich) inflationären und fiskalsozialistischen Keynesianismus eine systemwidrige Ausweitung auf Staat und Gesellschaft: das was heute als „Neoliberalismus“ öffentlich etikettiert und durch die Medien popularisiert wird. Doch weder auf den Staat noch die Gesellschaft lassen sich die Gesetze der Unternehmensführung anwenden. Der Grundsatz der „Kostenminimierung“ mag marode Unternehmen retten. Auf Staat und Gesellschaft angewendet bedeuten sie Einkommensvernichtung statt –schaffung. Denn Kosten (welcher Art auch immer) sind immer eines Dritten Einkommen

und Einnahmen. Ein Staat, eine Gesellschaft, die sich auf diese Weise zu „sanieren“ anschickt, erreicht nur eines: den Selbstruin und die selbst verschuldete Krise. Denn Staat und Gesellschaft sind keine „Firma“!

Der damalige policy mix ist unter den Nachfolgern von Hannes Androsch in den Bann des auch hierzulande den Diskurs beherrschenden Neoliberalismus geraten und als inflationäre Staatschuldenorgie verteufelt worden. Völlig zu Unrecht. Denn Hannes Androsch's angebotswirksame Budgetpolitik enthielt immer eine höchst wirksame Schuldenbegrenzung: die parallele Ausweitung von Kreditaufnahme und Bruttoinlandsprodukt (wirtschaftlichem Wachstum). Die Defizitquote im Haushalt war eine konstante Größe und nie eine grenzenlos wachsende!

Bleibt abschließend zu fragen, wie sich dieser policy mix nach Aufgabe des Schilling zu Gunsten des Euro verhält? Theoretisch könnte der Euro durchaus die Rolle der harten DM und des harten Schilling übernehmen – doch leider nicht in der rauen Wirklichkeit der EU und ihrer Währungsunion.

Instrumental ist die Europäische Zentralbank (EZB) außerstande, mit den Inflationsdisparitäten ihrer Mitgliedsländer fertig zu werden. Eine Bestrafung der Inflationssünder ist weder zins- noch wechselkurspolitisch möglich. (Die Euroaufwertung schlägt zudem nur auf die Exporte nach draußen durch, nicht aber den Binnenmarkt).

Das Manko der weder zins- noch wechselkurspolitisch möglichen Inflationsbekämpfung führt bereits unter den 15 Eurostaaten zu perversen Realzinsstrukturen. Die strukturschwächsten Länder mit den höchsten Inflations- und niedrigsten Sparraten ködern Schuldner und Investoren mit den niedrigsten (Real-) Kapitalkosten, ein Trend, der sich mit Ausweitung der Eurozone auf die Gesamt-EU und ihre Armutsländer progressiv fortsetzen wird. Das hat bereits dazu geführt, dass die Leistungsbilanzüberschüsse der früheren Hartwährungsländer (Deutschland, Österreich, Niederlande, Finnland) die extremen Defizite der übrigen Währungspartner finanzieren müssen. Der Überhang ihrer Binnennachfrage (Konsum, Investition, Staatsverbrauch) über das eigenerwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt, macht die europäische Binneninflation endemisch und programmiert ihre Beschleunigung. Diese Politik ist kein Modell für die Welt. Sie bricht mit der EU-Erweiterung zusammen!

Mit der Trennung von Staat und Währung hat sich Europa einen schlechten Dienst erwiesen und dem Androsch'schen policy mix die Grundlage entzogen. Doch bedeutet das sein Ende? Mitnichten. Mit der Renaissance des (Neo)Keynesianismus kündigt sich seine Wiederkehr und Weiterentwicklung an. (Mein damals für die angelsächsische Welt konzipiertes Buch: „Prosperity amidst Crisis. Austria's Economic Policy and the Energy Crunch“ – es ging aus einem Gutachten für Hannes Androsch hervor – ist zwar kein Publikumsbestseller geworden, wohl aber ein longseller in den politischen Oberseminaren führender US-Universitäten geblieben).

Lieber Hannes, große Leistungen und Ideen verschwinden nicht. Sie sind unzerstörbar. Du wirst es erleben. Deswegen: Ad multos annos.